

zu Verhandlungen über einen Neutralitätsvertrag bereit. Als aber dieselben begonnen waren, wich er allen Forderungen, die Preußen in Bezug auf die Aufhebung der Rüstungen an Hannover stellte, aus, während thatsächlich die Kriegsvorbereitungen lebhaften Fortgang erhielten. Gegen Ende Mai erschien ein vertrauter Abgesandter aus Wien in Hannover, um den König für den festen Anschluß an Oesterreich zu gewinnen. Dort, wie an anderen deutschen Höfen, wurde der Glaube bestärkt, daß Preußen in dem drohenden Kampfe unbedingt unterliegen müsse, daß Oesterreich allein ohne seine süddeutschen Bundesgenossen 800,000 Mann guter Truppen ins Feld stellen werde; Preußens Niederlage und Zertrümmerung sei gewiß, Schlesien müsse wieder an Oesterreich, die Provinz Sachsen an das Königreich Sachsen fallen, auch Hannover werde, wenn es fest zu Oesterreich stehe, nicht bloß die Sicherheit seines Bestandes, sondern auch eine Vergrößerung auf Kosten Preußens gewinnen. Unter dem Eindruck solcher Auffassungen kamen die Verhandlungen mit Preußen völlig zum Stillstande. Hannover wich jeder bestimmten Erklärung aus, während es am Bunde immer offener auf die Seite Oesterreichs trat. Als Preußen dann seine Pläne in Bezug auf die Reform der deutschen Bundesverfassung klarer dargelegt hatte, äußerte sich am Hofe des Königs Georg vollends der entschiedenste Widerwillen gegen den Gedanken einer militärischen Führung Norddeutschlands durch Preußen.

Nachdem am 14. Juni der verhängnißvolle Beschluß in Frankfurt gefaßt war, ließ der König von Preußen noch in der Nacht vom 14. zum 15. Juni den Befehl an seine Gesandten in Dresden, Hannover und Kassel ergehen, den betreffenden Monarchen unverweilt eine letzte Aufforderung (Sommatation) zu überreichen, eine bestimmte Erklärung darüber abzugeben, ob sie bereit seien, ein Bündniß mit Preußen unter folgenden Bedingungen einzugehen: 1) Zurückführung ihrer Truppen auf den Friedensstand vom 1. März, — 2) Zustimmung zur Verfassung eines deutschen Parlamentes und Ausschreibung der Wahlen, sobald dies von Preußen geschehen, — wogegen 3) Preußen ihnen ihre Besitzungen und Souveränitätsrechte auf Grund seiner Reformvorschläge gewährleisten wolle. Sollte wider Erwarten eine ablehnende oder ausweichende Antwort erfolgen, so würde der König sich zu seinem lebhaften Bedauern in die Nothwendigkeit versetzt finden, den betreffenden Staat als im Kriegszustande gegen Preußen befindlich zu betrachten. Der preussische Gesandte in Hannover erklärte bei Ueberreichung der Sommatation noch ausdrücklich, daß im Falle der Ablehnung das Einrücken preussischer Truppen, um sich zu Herren des Landes zu machen, unabweisliches Gebot sei. Das Schicksal des Königreichs Hannover werde alsdann nur noch von dem Erfolge der Waffen abhängen.

In demselben Augenblicke, wo dieser Auftrag an die preussischen Gesandten erging, erhielten die militärischen Befehlshaber der nächsten Nachbarschaft von Sachsen, Hannover und Kurhessen die Anweisung, im Falle der Ablehnung jener Anträge sich auf die Benachrichtigung Seitens der Gesandten sofort nach den Gebieten jener Staaten in Marsch zu setzen. Da jener Fall wirklich eintrat, so begannen unmittelbar darauf die kriegerischen Operationen in Norddeutschland.